



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 13. November 2012
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 38/12, 39/12

(Drucksachenband 170)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der/die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0094 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0095 Genehmigung der Niederschriften

Die Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses am 28.08.2012 und 25.09.2012 werden genehmigt.

Einstimmig

0096 12-F-33-0126

Beleuchtung des Mauritiusplatzes
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.11.2012 -

Nach Begründung durch den Vors. Spallek wird eingehend diskutiert, ob nicht auch andere Plätze in Wiesbaden mit in die Überlegungen einbezogen werden sollten.

Beleuchtung innerstädtischer Plätze war lt. Stadträtin Zeimetz auch Thema bei einer Veranstaltung zur städtebaulichen Kriminalprävention. Nach ihrer Auffassung sollte aber mit dem Mauritiusplatz begonnen werden, da dieser stark frequentiert wird, aber in der Mitte zu dunkel ist. Die ansässigen Geschäftsleute würden das Konzept mittragen und dafür z. B. die Schaufensterbeleuchtung länger brennen lassen.

Lt. Stv. Gaedeke kann der Mauritiusplatz nur der Anfang sein. Die „Verdunkelung“ der Innenstadt stamme noch aus der Zeit der Sparmaßnahmen - dies könne man aber ändern.

Der Seniorenbeirat unterstützt lt. Herrn Berg die Initiative und hofft auf ein Konzept, in dem die Problempunkte zusammengefasst werden. Er regt an, die Formulierung „ Sicherheitsgefühl“ durch „Sicherheit“ zu ersetzen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, beide Formulierungen in den Antrag aufzunehmen. Auch wird die Anregung, nicht nur den Mauritiusplatz bei den Überlegungen zur Beleuchtung zu berücksichtigen, sondern auch andere zentrale Plätze in der Innenstadt mit einzubeziehen, aufgenommen.

Die Anregung von Stv. Hoffmann, auch Bereiche außerhalb der Innenstadt zu berücksichtigen, findet keine Aufnahme.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. November 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Magistrat wird gebeten, so schnell wie möglich für eine bessere Beleuchtung am Mauritiusplatz zu sorgen und somit das Sicherheitsgefühl und die Sicherheit an diesem zentralen Ort zu erhöhen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten zu prüfen, ob und wenn ja an welchen weiteren zentralen Plätzen der Innenstadt eine Erhöhung des Sicherheitsgefühl und der Sicherheit durch eine bessere Beleuchtung erreicht werden kann.

Einstimmig angenommen

0097 12-F-03-0148

Aufnahme von Flüchtlingen in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.11.2012 -

Dezernat VI ist in der Ausschusssitzung nicht vertreten.

Der Antrag wird nach der Begründung durch Stv. Kisseler wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0098 12-F-08-0117

Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 06.11.2012 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag, der unter dem Hinweis, dass das Dezernat an die Abgabe des Berichts erinnert wurde, wieder zum Aufruf kommt, wenn der Bericht vorliegt.

Einstimmig

0099 12-F-33-0127

Diebstahl auf Friedhöfen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.11.2012 -

Nach Begründung des Antrages durch Stv. Paffe wird eingehend diskutiert, ob man die im Antrag genannten Schließzeiten nicht besser ohne einen genauen Zeitraum festzulegen, formulieren sollte (z. B. „nach Einbruch der Dunkelheit“).

Diese Formulierung würde aber im Umkehrschluss bedeuten, dass die Friedhöfe im Winter spätestens ab 17 Uhr geschlossen sind und dadurch Berufstätige gar keine Möglichkeit mehr hätten, den Friedhof zu besuchen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. November 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass durch Stadtv.Beschluss aus dem Jahr 2005 grundsätzlich keine Schließung der Friedhöfe mehr stattfinden soll.

Aktuell wurde aber gerade auf dem Friedhof Kastel über längere Zeit immer wieder Grabschmuck usw. in großem Umfang gestohlen und Gräber beschädigt.

Aus diesem Grund wurde der Friedhof Kastel ab 01.11.2012 probeweise für 3 Monate geschlossen.

Frau Zeimetz wird nach der probeweisen Schließung im Ausschuss über die Ergebnisse berichten. In der Schließzeit wird sie sich außerdem Gedanken darüber machen, wie eine flächendeckende Schließung finanziert werden kann.

Nach jetzigem Stand würde eine Schließung durch einen Schließdienst gesteuert, der jährlich rd. 250.000 € kosten würde.

Der Ausschuss wird sich nach dem von Frau Zeimetz angekündigten Bericht zur probeweisen Schließung des Friedhofes Kastel Anfang 2013 erneut mit dem Antrag beschäftigen.

Einstimmig

0100 11-F-33-0014

Verwaltungslotsen

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.08.2011 -

Stv. Apel ist mit dem schriftlichen Bericht des Magistrats (Dezernat V) sehr zufrieden, gibt aber zu bedenken, dass das Problem aber nicht gelöst sei.

Sie weist auf die Unterfinanzierung z. B. von Migramundi hin. Alle mit dem Thema befassten Organisationen arbeiten mit ehrenamtlichen Helfern, aber ohne finanzielle Unterfütterung geht das auf Dauer nicht. Neben Migramundi sind auch das WIF und Kubis von der auslaufenden Finanzierung betroffen.

Die Anforderungsmöglichkeit der ehrenamtlichen Unterstützer ist noch nicht bei allen städtischen Ämtern angekommen.

Für die Zukunft sollte auch in den kommenden Haushaltsberatungen an diese Problematik gedacht werden.

Der gem. Antrag von CDU und SPD hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0101 11-F-33-0030

Elternbeiräte

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.09.2011 -

Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat V) wird zur Kenntnis genommen.

Der gem. Antrag von CDU und SPD hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. November 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0102 12-F-33-0093

Grabsteine aus Kinderhand
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 27.08.2012-

Stv. Seipel-Rotter gibt zu bedenken, dass nicht alle Steinmetze erfasst werden. Es gäbe eine gewisse Grauzone, z. B. durch Steinmetze von außerhalb. Es wäre nach seiner Auffassung nur möglich, alles Steinmetze zu erfassen, wenn man über das Land Hessen geht.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass für die Antrag stellenden Fraktionen der Antrag durch den Bericht des Magistrats erledigt ist. Wenn die Fraktion Linke&Piraten weitere Fragen habe, könne sie erneut einen Antrag stellen oder über ihre Landtagsfraktion nachfragen.

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass die Wiesbadener Steinmetze schon sehr sensibilisiert seien. Auf Innungsebene gibt es einen Landesverband. Dorthin könne sie die Frage richten, ob man sich auch landesweit dafür einsetzen könne, dass keine Grabsteine aus Kinderhand zum Einsatz kommen.

Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat VII) wird zur Kenntnis genommen. Der gem. Antrag von CDU und SPD hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0103 Bericht der Dezernentin

Folgender Bericht von Frau Stadträtin Scholz wird zur Kenntnis genommen:

1. Bei den zukünftigen Neubürgerempfängen werden versuchsweise Brezeln und Spundekäs angeboten.
2. Für das kommende Jahr sind folgende Neubürgerempfänge geplant:

13.03.2013
18.06.2013
10.09.2013
19.11.2013

3. Die Empfänge finden jeweils im großen Festsaal statt

Einstimmig

0104 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. November 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

1. Das 4. Wiesbadener Integrationsgespräch hat am 06.11.2012 stattgefunden und war ein voller Erfolg. Der Stadtverordnetensitzungssaal war sehr gut gefüllt, auch auf der Tribüne hatten Besucher/innen Platz genommen. Vom 1. Referenten sei sie enttäuscht gewesen. Dafür sei Frau Prof. Dr. Schröter sehr gut vorbereitet gewesen und hätte einen ausgesprochen guten Vortrag gehalten. Nach ihrer Einschätzung gibt es ein hohes Interesse an solchen Gesprächen. Alles sei hochkonzentriert und voller Disziplin abgelaufen. Nach dem „offiziellen“ Integrationsgespräch hätte es noch einen regen Austausch bis nach 21 Uhr gegeben, was für das große Interesse spricht.

Auch Stv. Hoffmann bestätigt, dass es eine sehr gute Veranstaltung gewesen sei. Besonders überrascht hätte sie die Teilnahme von vielen jungen Leuten.

Vors. Spallek wirft ein, dass die Teilnehmer/innenzahl bei dieser einen Veranstaltung die Teilnehmer/innenzahl der gesamten Interkulturellen Woche überstiegen hätte.

2. Das nächste Integrationsgespräch zum Thema „Kultur und Integration“ ist für den **08.10.2013** geplant.

Einstimmig

0105 12-V-33-0002

Integrationsbericht 2011

Stv. Schickel weist auf Ungereimtheiten zwischen Kita-Besuch und Erwerb von Sprachfähigkeit hin. Außerdem sollte er Sportbereich mit in den Integrationsbericht aufgenommen werden. Lt. Frau Rudolph ist die Bestandsaufnahme im Sportbereich noch nicht erfolgt. Er fragt außerdem nach der Vermittlung der interkulturellen Kompetenz bei den Mitarbeiter/innen der Landeshauptstadt Wiesbaden und möchte wissen, ob bei gleicher Eignung die interkulturelle Kompetenz für die Stellenbesetzung ausschlaggebend sei.

Frau Rudolph weist darauf hin, dass es keine Passage wie bei der Frauenförderung gäbe. Aber bei Ausschreibungen in Bereichen mit Kundenkontakten werde interkulturelle Kompetenz gefordert. Ein Migrationshintergrund werde aber nicht verlangt, denn dieser ist nicht gleichbedeutend mit interkultureller Kompetenz.

Im Moment könne sie keine konkrete Zahl nennen, aber demnächst gäbe es eine Umfrage bei der LHW.

Die LHW hat eigene Dozenten zur Vermittlung von interkultureller Kompetenz, die besonders ausgebildet worden sind. Man hätte auch eine externe Begleitung über 3 Jahre gehabt und kooperiere im Moment z. B. schon mit der Polizei.

Stv. Weck stellt Nachfragen zur Einrechnung von Kindern bei verschiedenen Statistiken, die Frau Rudolph nach Klärung mit den zuständigen Statistikern beantworten wird.

Stv. Schickel fragt nach, was mit den jungen Männern ohne Schulabschluss passieren solle.

Lt. Frau Rudolph gäbe es gezielte Maßnahmen über Dezernat VI (Sozialdezernat).

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. November 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spallek zeigt den Integrationsbericht der Stadt Frankfurt. Dort werde u. a. versucht, politische Partizipation zu integrieren.

Der Integrationsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0106 12-V-30-0015

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VII (Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach)

Einstimmig

0107 Verschiedenes

1. Der Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ wird sich zu seiner 1. Sitzung am 29.01.2013 treffen.
2. Es ergeht eine gesonderte Einladung.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .11.2012

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba